

EXPERT PAPER

Prof. Dr. Herfried Münkler

DIE STRATEGISCHE HANDLUNGS(UN)FÄHIGKEIT EUROPAS

Bruchlinien in der Europäischen Union,
Spaltungstendenzen in den Mitgliedsstaaten und
eine gewachsene Europadistanz der Bevölkerung



Impressum

Das Europäische Institut für Terrorismusbekämpfung und Konfliktprävention (EICTP) ist ein weltweit tätiges Forschungsinstitut mit Sitz in Wien, Österreich. Als non-profit-Institution liegt der Schwerpunkt von EICTP auf Schlüsselthemen rund um sicherheitspolitische Fragen. Sie führt Projekte mit namhaften Partnern im In- und Ausland durch, unterhält enge Beziehungen zu hochrangigen Forschungsinstitutionen und einem Netzwerk prominenter Experten und Wissenschaftler, bietet profunde Aktionen, Konsultationen und Strategien zur Terrorismusbekämpfung, hybride Konflikte und De-Radikalisierungsmaßnahmen und zielt darauf ab, auf der Grundlage von Forschungs- und Expertenbewertungen für Entscheidungsträger politische Empfehlungen zu erarbeiten.

Adresse:

Europäisches Institut für Terrorismusbekämpfung und Konfliktprävention (EICTP)
Esslinggasse 17/5, 1010 Wien, Österreich
www.eictp.eu

Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: EICTP

Ort der Veröffentlichung: Esslinggasse 17/5, 1010 Wien

Lektorat und formale Bearbeitung: EICTP

Grafikdesign: Citypress GmbH

Print: Citypress GmbH

Haftungsausschluss: Die Inhalte dieser Veröffentlichung wurden mit größter Sorgfalt recherchiert und erstellt. EICTP übernimmt keine Garantie für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der erteilten Informationen. Weder EICTP noch andere an der Erstellung dieser Veröffentlichung beteiligte Parteien haften für Schäden jeglicher Art, die sich aus der Nutzung, Anwendung oder Verbreitung der bereitgestellten Informationen ergeben. Sollte diese Veröffentlichung Verweise auf andere Medien Dritter enthalten, auf die EICTP keinen Einfluss nehmen kann, so wird keinerlei Haftung für solche Inhalte übernommen. Für die Richtigkeit der Inhalte der bereitgestellten Informationen ist der jeweilige Medieninhaber verantwortlich. Der Inhalt dieses Berichts spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Position des EICTP wider, sondern die persönliche Auffassung der Autoren.

Copyright: Alle in diesem zusammenfassenden Forschungsbericht veröffentlichten Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Autors ist jegliche Art von Vervielfältigung, Verbreitung, Änderung oder Vervielfältigung nicht gestattet, sowohl gegen Bezahlung als auch kostenlos.

DAS PROBLEM

Es gibt eine ganze Reihe von guten Gründen, warum die Europäer in ihrer überwiegenden Mehrheit eine klare Präferenz für eine regelbasierte, auf Werten begründete und von Normen getriebene Weltordnung hatten und nach wie vor haben.

Diese Ordnung ist durch ein hohes Maß an wirtschaftlicher Verflechtung und damit wechselseitiger Abhängigkeit gekennzeichnet, in ihr werden, wenn sie funktioniert, strittige Fragen von internationalen Schiedsgerichten geklärt, deren Entscheidungen von den Betroffenen akzeptiert, und die globalen Probleme und Herausforderungen in wachsendem Maße von internationalen Organisationen mit den Vereinten Nationen an der Spitze bearbeitet. Aus den zahlreichen Gründen für die Präferenzierung einer solchen Ordnung von Seiten der Europäer lassen sich drei Motive besonders herausstellen:

Da ist als erstes die Vorstellung vom definitiven Ende großer Kriege zu nennen, mit deren zerstörender Gewalt die Europäer in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in besonderer Weise Erfahrung gemacht und unter deren Drohung sie in den vier Jahrzehnten danach in Form wechselseitiger nuklearer Geiselnahme von West und Ost gelebt haben.

Da ist weiterhin die Vorstellung, durch eine Globalisierung der Wirtschaft und die Jurdifizierung der internationalen Politik werde eine politische Annäherung an den abstrakten Begriff der Menschheit möglich sein, und das mit dem Ziel, anstatt der Nationalstaaten und Imperien die Menschheit in ihrer Gänze zum Subjekt der Geschichte werden zu lassen, um die alle Menschen gleichermaßen betreffenden Fragen bearbeiten zu können.

Und da ist schließlich das Motiv, durch die Perspektivierung einer solchen Ordnung oder ein politisches Agieren im Modus des „Als ob“ – als ob es eine solche Ordnung schon gäbe – biete sich die Möglichkeit, die eigene politische Schwäche kaschieren und als starke Stimme im Chor der großen Akteure auftreten zu können, auch wenn man so gut wie nie in der Lage ist, mit einer Stimme zu sprechen.

Pointiert: die Europäer halten es nicht zuletzt auch darum so gern mit der Fiktion vom gemeinsamen Willen, jedenfalls Überlebenswillen der Menschheit, weil sie selbst nicht in der Lage sind, einen eigenen gemeinsamen Willen zu artikulieren, geschweige denn zur Geltung zu bringen. Sie machten aus der Not eine Tugend und verbergen ihre realpolitische Schwäche hinter den von einer normativen Begrifflichkeit angereicherten Entwürfen und Zielvorstellungen.

Nachfolgend soll es nicht um diese normative Begrifflichkeit und den mit ihr ausgestaffierten „Erwartungshorizont“ (Koselleck) gehen, sondern um die dahinter stehende Schwäche; nicht um die Konstruktion anspruchsvoller Projekte auf der Grundlage der Universalisierungsfähigkeit von Motiven und Zielen, sondern ganz im Gegenteil um ein „Philosophieren mit dem Hammer“, wie Nietzsche das genannt hat, als er sich als einen beschrieb, der mit dem Hammer gegen die Götzen des Denkens schlage, um herauszuhören, ob sie hohl seien.

Die Begeisterung, mit der man sich in Europa auf den von Joseph Nye geprägten Begriff der *soft power* gestürzt hat, ist, wenn man das mit dem Hammer befragt, vor allem ein Ausdruck dessen, dass man über keine nennenswerte *hard power* verfügt oder zumindest nicht die Bereitschaft aufbringt, sie notfalls auch zu gebrauchen, sich gleichzeitig aber nicht eingestehen will, dass man jedem, der mit *hard power* droht, ziemlich wehrlos gegenübersteht. Überdeutlich hat sich das 2014 bei der Annexion der Krim gezeigt, und es zeigt sich auch aktuell in der Reaktion auf die unverhohlenen Drohungen Russlands gegenüber der Ukraine und in Verbindung damit auch gegenüber den EU-Europäern. Statt dessen kehrt man die Konstellationen kurzerhand um und konfrontiert den mit dem Gebrauch von *hard power* Drohenden mit dem Hinweis, er komme nur darum mit *hard power*, weil er keine *soft power* habe, womit man ihn glaubt beschämen zu können.

Was aber, wenn sich der Betreffende dadurch nicht beschämen lässt, sondern schlichtweg weitermacht? Wie etwa Wladimir Putin im Umgang mit der Ukraine. Oder Chinas Xi Jinping, wenn er europäische Mahnungen zur Respektierung von Menschen- und Bürgerrechten beantwortet, indem er, wie zuletzt gegenüber Litauen, den wirtschaftlichen Aus-

tausch auf Eis legt. Oder Donald Trump in seiner Zeit als US-Präsident, als er die amerikanischen Sicherheitsgarantien für Europa kurzerhand in Frage stellte, wenn sich die Europäer nicht ins Kielwasser der US-Politik begäben.

Man kann die politische Willensschwäche der Europäer und ihre mangelnde strategische Handlungsfähigkeit an den Bildern von Internationalen Konferenzen ablesen: entweder sind sie gar nicht dabei, wie kürzlich bei den Gesprächen zwischen Russland und den USA über den bündnispolitischen Status der Ukraine, oder sie treten gleich als halbes Duzend auf, wie bei den Treffen der G7 oder G20, wo neben der EU-Spitze noch die Staats- und Regierungschefs der großen EU-Mitgliedstaaten vertreten sind und für sich einen Platz auf den offiziellen Fotografien beanspruchen – als könne der Auftritt in großer Zahl das gänzliche Fehlen bei anderen Formaten ausgleichen. Im Ergebnis läuft beides, Abwesenheit und Überrepräsentation, auf das Gleiche hinaus: die Europäer sind kein Subjekt auf dem internationalen Parkett, sondern weithin Staffage, und wenn überhaupt welche aus Europa als politisches Subjekt auftreten können, dann die größeren Nationalstaaten, das freilich nicht wegen ihrer *soft power*, sondern wegen ihrer Wirtschaftskraft, ihrer Stellung im Weltfinanzsystem oder weil sie über Atomwaffen und einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat verfügen.

Das rüde Auftreten Donald Trumps, das aggressiv-erpresserische Agieren Wladimir Putins und die zunehmend als Bestrafung angelegten Reaktionen Xi Jinpings gegenüber europäischen Hinweisen und Erwartungen haben zuletzt dazu geführt, dass die Europäer eine kritische Inventur ihrer machtpolitischen Fähigkeiten vorgenommen haben. Die überaus enttäuschende Bilanz dessen wurde im Ergebnis noch dadurch potenziert, dass man auf Grundlage der jüngst gemachten Erfahrungen den Erwartungshorizont einer regelbasierten, auf Werten begründeten und von Normen getriebenen Weltordnung zumindest ein Stück weit hat einrollen müssen, so dass sich der Blick auf die eigene Schwäche nicht länger hat camouflieren ließ. Dabei spielt die Erkenntnis eine Rolle, dass Trump, Putin und Xi nicht etwa zufällige Ausnahmeerscheinungen sind, die nach einiger Zeit auch wieder verschwinden werden, um den Platz für Mitspieler einer globalen Regel- und Werteordnung freizumachen, sondern dass es sich bei ihnen um Repräsentanten einer strukturellen Entwicklung handelt, in deren Folge es um Willensdurchsetzung und Ein-

flusssphären geht und in der man nur dann eine Rolle spielt, wenn man über eigene strategische Handlungsfähigkeit verfügt. Tut man das nicht, ist man aus dem Spiel oder wird als Mitspieler nicht ernst genommen. Eine *quantite néglieable*.

Seit einiger Zeit ist also von einer strategischen Autonomie und sicherheitspolitischen Eigenständigkeit die Rede, um die sich die Europäer bemühen müssten, und die Politiker einiger Mitgliedstaaten versichern mit großem Eifer, dass sie an der Entwicklung dessen arbeiten würden. Aber ist strategische Handlungsfähigkeit in Anbetracht der politischen Konstellationen in der Europäischen Union, ihrer inneren Spaltung zumal, überhaupt möglich? Oder ist es für ein solches Umsteuern nicht schon längst zu spät, weil sich eine nicht mehr zu schließende Lücke der Fähigkeiten bei der künstlichen Intelligenz aufgetan hat? Oder handelt es sich bei den entsprechenden Aussagen nur um Absichtserklärungen, denen der Wille zur Konsequenz abgeht und die sich nach einiger Zeit in Luft auflösen werden?

DIE RISSE INNERHALB DER EUROPÄISCHEN UNION

Als sich die Mitgliedsstaaten der damaligen Europäischen Gemeinschaft in den 1990er Jahren dazu entschlossen, sich sowohl auf eine räumliche Erweiterung als auch auf eine strukturelle Vertiefung der Gemeinschaft einzulassen, haben sie im Überschwang der Gefühle, zunächst über das Verschwinden der Diktaturen in Südeuropa und anschließend über das Ende der Teilung Europas, die mit einer gleichzeitigen Erweiterung und Vertiefung verbundenen Probleme gewaltig unterschätzt.

Die wirtschaftlichen und fiskalischen Divergenzen innerhalb der erweiterten Gemeinschaft zeigten sich bald, zumal nach der Einführung einer gemeinsamen Währung, des Euro, die unterschiedliche Wirtschaftsmentalität und die verschiedenartigen Potentiale der südlichen und der nördlichen Mitgliedstaaten überdeutlich hervortraten. Diese Divergenzen wuchsen sich mit der Zeit zu einem politischen Gegensatz aus. Hatten die Staaten des europäischen Südens zuvor die Möglichkeit gehabt, durch die Abwertung ihrer Währungen auf unterschiedliche Inflationsraten und Staatsverschuldungen zu reagieren und dadurch die entstandenen Abstände auszugleichen, so entfiel diese Möglichkeit nun, und es entbrannte ein Konflikt um die Vergemeinschaftung der nationalen Schulden und die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Dieser Streit wuchs sich infolge der internationalen Finanzkrise von 2006 zu einem scharfen politischen Konflikt aus, begleitet von einer aversiven Emotionalität. Auch wenn es zwischenzeitlich gelungen ist, die offenen Anfeindungen zu beenden, so ist der strukturelle Riss doch nach wie vor da, und man kann den auf fiskalische Probleme bezogenen Nord-Süd-Gegensatz als Sollbruchstelle der Union begreifen.

Dieser Nord-Süd-Gegensatz wird seit geraumer Zeit durch einen West-Ost-Gegensatz komplementiert, der aus sehr unterschiedlichen Vorstellungen über Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und politische Kultur erwachsen ist und zurzeit eine größere politische Brisanz hat als der Nord-Süd-Gegensatz. Hier handelt es sich um die zweite Sollbruch-

stelle innerhalb der Europäischen Union. Bei dieser zweiten Bruchlinie muss freilich an- gemerkt werden, dass sie sehr viel stärker als die strukturellen fiskalischen Probleme zwi- schen dem Norden (dem hier der Osten zuzurechnen ist) und dem Süden der Union von den jeweiligen politischen Mehrheitsverhältnissen in den mittelosteuropäischen Ländern und ihren Regierungen abhängig ist, so dass sich bei anstehenden Wahlen vieles auch wieder ändern kann, zumindest was die strittigen Fragen von Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit anbetrifft, weniger vermutlich beim Dissens über Brüsseler Eingriffsrechte in die eigenstaatlichen Belange. Der Zusammenhalt der Visegrad-Gruppe (Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei) ist deutlich geringer, als das bei den überschuldeten Mit- gliedstaaten des europäischen Südens der Fall sein dürfte.

Die Europäische Union wird auf längere Sicht kaum darum herumkommen, diese beiden Risse oder Sollbruchstellen zu bearbeiten – und das kann mit dem Austritt von Mitglied- staaten aus der Eurozone oder auch der Union enden, so dass dem Brexit weitere Exits folgen würden, ebenso aber kann es auch zu einer Kittung der Risse und Bruchlinien führen, indem andere, stärker auf den Zusammenhalt der Mitgliedstaaten angelegte Prob- leme und Herausforderungen ins Zentrum der europäischen Politik treten. Ein dafür ge- eigneter Kandidat könnte der Aufbau strategischer Handlungsfähigkeit der EU sein, von der letzten Endes alle Mitgliedstaaten profitieren würden. Zumindest sollten daraus kei- nem Mitgliedstaat strukturelle Nachteile erwachsen, wie das nach der Einführung des Euro für die Südeuropäer und infolge der Einschränkung von Souveränität durch die Ver- regelungspolitik der Brüsseler Zentrale – jedenfalls in der Wahrnehmung einiger mitte- losteuropäischen Regierungen – der Fall war.

Diese Problemfelder sind mit einer Fokussierung der EU-Agenda auf die strategische Handlungsfähigkeit der Union zwar nicht verschwunden, und es ist auch nicht auszu- schließen, dass bei der Abtretung nationalstaatlicher Kompetenzen zwecks Bündelung der in Europa durchaus vorhandenen *hard power* dies mit einer Rückgabe anderer nach Brüssel abgewanderten Kompetenzen an die Mitgliedsstaaten gekoppelt werden muss, aber das sind Entscheidungen über Prioritäten, die getroffen werden können, ohne dass damit der Fortbestand der EU in Frage gestellt wird.

Derartige Zweifel am Fortbestand der Union sind jedoch bei einer Nichtbearbeitung der Risse und Sollbruchstellen und einem fortdauernden Defizit an strategischer Handlungsfähigkeit angebracht – im ersten Fall mit Blick auf die fortbestehenden Erosionstendenzen innerhalb der Union, im letzteren infolge der Unfähigkeit der EU, sich gegenüber russisch-militärischer Aggressivität, wirtschaftlichen Erpressungsversuchen der Chinesen und US-amerikanischem Achselzucken bei der Aufrechterhaltung von Sicherheitszusagen selbstständig zu positionieren sowie eigene Interessen und Wertvorstellungen ins Spiel zu bringen. Die Hilflosigkeit gegenüber Herausforderungen von außen wird die vorhandenen Erosionstendenzen der EU zwangsläufig weiter verstärken und über kurz oder lang dazu führen, dass die ihnen entgegenwirkenden Kräfte des Zusammenhalts für den Fortbestand der Union nicht mehr ausreichen. Insofern ist der Auf- und Ausbau strategischer Handlungsfähigkeit weniger *ein weiteres Problem* für die EU, sondern kann zur *Lösung einiger anderer Probleme* werden.

Dennoch dürfte es ratsam sein, das Projekt der strategischen Handlungsfähigkeit nicht in der Weise anzugehen, dass dabei von vornherein eine Win-Win-Konstellation für alle EU-Mitgliedstaaten unterstellt wird, wie man das bei der Einführung des Euro leichtfertig getan hat, sondern in vorbereitenden Planspielen muss erkundet werden, wo mögliche Nachteile und Verluste für die EU-Mitglieder liegen und ob diese bestimmte Länder stärker betreffen als andere. Sollte das der Fall sein, ist von Anfang an nach Kompensationen und Ausgleichsmechanismen dafür Ausschau zu halten.

Der Aufbau strategischer Handlungsfähigkeit ist für die EU nicht als ein weiteres Kompetenzfeld neben vielen anderen anzusehen, sondern kann nur dann gelingen, wenn er als eine grundlegende Revision der politischen Struktur der Gemeinschaft angelegt ist. War diese bisher wesentlich nach innen konzentriert, während die Fähigkeit der Selbstbehauptung nach außen als nachrangig behandelt wurde, als eine Aufgabe, die vom transatlantischen Bündnis der Nato zu bearbeiten war, so ist die Entwicklungsrichtung nunmehr umzukehren, um der Selbstbehauptungsfähigkeit der Europäer gegenüber anderen Mächten, insbesondere gegenüber Russland und China, das Hauptaugenmerk zuzuwenden. Neben der Entwicklung eigener militärischer Fähigkeiten, die vorerst im engen Verbund und in Kooperation mit denen der USA – also innerhalb der Nato – aufzubauen sind, die aber so angelegt werden müssen, dass die Europäer zu einem nachhaltigen Geltendmachen ihrer

Interessen und Werte in der Lage sind, wird es dabei auch um die politische Härtung der Union gegen Einflussnahmen anderer großer Akteure gehen.

Die EU wird dabei sicherlich nicht zu einer für äußere Einflussnahme undurchdringlichen Macht werden, wie dies das Ideal des klassischen Nationalstaates fordert, aber Zusammenschlüsse einiger Mitgliedstaaten mit einem großen anderen Akteur, wie es das 17 + 1 Format darstellt – eine der EU gegenüber aparte Kooperation mittelost- und südeuropäischer Staaten mit China, die dazu geführt hat, dass einige dieser Staaten eine gemeinsame Chinapolitik der EU blockiert haben –, wird es dann nicht mehr geben können. Es kann also durchaus sein, dass die Umstellung der EU von der Transfer- auf eine Sicherheitsgemeinschaft zu einer kleineren Union mit weniger Mitgliedern führen wird. Mit dieser strukturellen Veränderung werden die finanziellen Transfers nicht in Frage gestellt, aber sie werden nicht nur im Hinblick auf die Beachtung gemeinsamer Regeln und Werte (wie den Verträgen nach jetzt bereits) konditioniert, sondern ebenfalls im Hinblick auf eine geschlossene politische Handlungsfähigkeit nach außen.

POLITISCHE SPALTUNGSTENDENZEN INNERHALB DER MITGLIEDSTAATEN UND DAS PROBLEM EINER DEMOSKOPISCH GEWACHSENEN DISTANZ GEGENÜBER DER EU IN EINIGEN MITGLIEDSTAATEN

Über Jahrzehnte war nach Gründung der EWG das Europaprojekt bei deren Mitgliedstaaten kein Thema, das politische Kontroversen auslösen konnte, und deswegen spielte es bei Wahlkämpfen in den Mitgliedstaaten auch keine Rolle. Die demoskopisch gemessene Zustimmung zum wirtschaftlichen Zusammenwachsen (West-)Europas war so groß, dass es für keine im politischen Spektrum relevante Partei attraktiv war, den Prozess des europäischen Zusammenwachsens in Frage zu stellen oder sich gar dagegen zu positionieren. Das hat sich mit der Einführung des Euro, der Debatte über die Vergemeinschaftung nationaler Schulden sowie dem Streit über die Verteilung von Migranten und Flüchtlingen auf die einzelnen Mitgliedstaaten geändert.

Seit knapp zwei Jahrzehnten hat das Bewusstsein für die nationale Eigenständigkeit einen erheblichen Bedeutungszuwachs im Bewusstsein der europäischen Bevölkerung erfahren, so dass die Frage, wie man zur EU und ihrer Politik stehe, zum Thema in den Wahlkämpfen fast aller Mitgliedstaaten geworden ist. Seitdem schaut man in Brüssel mit großer Besorgnis auf den dortigen Wahlausgang und die Stimmanteile, die dabei den Europaskeptikern und Europegegnern zugefallen sind. Vor allem der Wahlausgang in den großen Ländern der EU, in Deutschland, Frankreich und Italien sowie auch Spanien und Polen, ist dabei für die Handlungsfähigkeit der Brüsseler Institutionen von großer Bedeutung. Insbesondere in Frankreich würde die Wahl eines der EU gegenüber negativ eingestellten Staatspräsidenten, auch wegen dessen langer Amtsdauer und seiner umfassenden Kompetenzen, zu einer tiefgreifenden Erschütterung der Union führen. Eine europafeindliche Regierung in Rom wäre dagegen wegen der notorisch kurzer Amtsdauer italienischer Regierungen weniger bedrohlich, und mit der Bildung einer europaskeptischen Regierung in Deutschland ist vorerst nicht zu rechnen.

Sorgen beim Blick auf die politische Stabilität der EU bereitet auch der Umstand, dass man sich nicht mehr auf die alte Regel verlassen kann, wonach Nettoempfängerstaaten durchweg eine positive Grundeinstellung zur EU haben, so dass man mit Europaskepsis und -distanz eigentlich nur in Nettozahlerstaaten zu rechnen hat. Vor allem in den mittelost-, aber auch in einigen südeuropäischen Mitgliedsländern ist diese Regel außer Kraft gesetzt. Natürlich stellt sich die Frage, ob mit einer deutlich ausgeprägten sicherheitspolitischen Komponente der politische Mehrwert der Europäischen Union so groß wäre, dass die Distanzbestrebungen in einigen süd- und mittelosteuropäischen Ländern an Bedeutung verlieren würden.

Es ist indes davon auszugehen, dass eine Politik des notorischen Widerspruchs, der Blockade oder gar der Drohung mit dem Austritt für die derlei Betreibenden in ungleich größerem Maße ein „Spiel mit dem Feuer“ wäre, als das jetzt der Fall ist, wo einige Regierungen davon ausgehen, dass bei einem Wegfall der europäischen Transfers und dem Ausscheiden aus dem europäischen Markt China im Rahmen seiner Seidenstraßeninitiative umgehend als Ersatz bereitstehen würde. Das dürfte sich zwar, falls ein Staat der EU das ausprobieren würde, als eine Illusion mit bitterem Ende herausstellen, aber das hat einige EU-Staaten nicht davon abgehalten, sich auf eine größere finanzielle Abhängigkeit von China einzulassen.

Der Aufbau einer europäischen strategischen Handlungsfähigkeit würde nicht nur die Spielsteine, sondern auch die Spielregeln verändern, und das dürfte Einfluss auf die Politik der fraglichen Regierungen und, was auf längere Sicht das Wichtigere ist, auf die Einstellung der Bürger zur Europäischen Union haben. Die würde dann nämlich nicht mehr wesentlich als Macht der Einschränkung nationalstaatlicher Souveränität erscheinen (und auch weniger als solche agieren), sondern als Schützer und Bewahrer einer freien Wahl der Lebensweise und einer auf Partizipation hin angelegten politischen Ordnung gegenüber von außen drohenden Einschränkungen. Auch darin also ist, vom Ergebnis her betrachtet, strategische Handlungsfähigkeit der EU eher die Lösung bestehender Probleme als ein zusätzliches Problem.

Bei der Konzipierung des Projekts zur Herstellung strategischer Handlungsfähigkeit der Union ist freilich von Anbeginn an zu beachten, dass deren Effekte für die Mitgliedstaaten

unterschiedlich sein werden. Einige von ihnen, vermutlich die baltischen Staaten sowie Polen, werden großen Wert darauf legen, dass das Vorhaben nicht auf eine Relativierung der US-amerikanischen Sicherheitsgarantien hinausläuft, weil sie in denen vorerst die einzig verlässliche Garantie gegen russische Erpressungsversuche oder Aggressionen sehen. Aber mit der Entwicklung einer strategischen Autonomie der Europäer werden sich die Gewichte allmählich verschieben:

Die Länder an den Rändern der EU werden zu den Hauptprofiteuren dieser Entwicklung werden, weil sie dann im nicht gerade unwahrscheinlichen Fall eines weiteren amerikanischen Disengagements in Europa nicht schutzlos dastehen. Das gilt im Übrigen nicht nur für den Schutz gegenüber Russland, sondern auch für den Schutz der EU-Südostflanke gegen eine zunehmend unberechenbar gewordene Türkei. Die ist zwar nach wie vor Mitglied der Nato, verhält sich aber schon lange nicht mehr wie ein solches, sondern betreibt eine neosmanische Politik mit dem Ziel, zur dominanten Regionalmacht an der Schnittstelle dreier Kontinente zu werden. Ob sich das mit dem politischen Abtritt Erdoğan ändern wird, bleibt abzuwarten. Vorerst zumindest stellt die Türkei einen Unruheherd in der europäischen Peripherie dar, der vor allem Griechenland bedroht und gegen den ein handlungsfähiges Europa wirksamen Schutz bieten könnte.

Der Sicherheitstransfer aus dem Zentrum an die Ränder Europas wird durch einen erheblichen Einflussgewinn der großen Staaten im europäischen Zentrum ausbalanciert, insofern diese im europäischen Verbund auf globaler Ebene ein sehr viel größeres Gewicht haben, als wenn sie als Einzelne auftreten. Europa könnte, würde es zu strategischer Handlungsfähigkeit gelangen, als ein *global player* agieren und Einfluss auf die Ausgestaltung der seit geraumer Zeit im Entstehen befindlichen Weltordnung nehmen bzw. den ihm von seiner wirtschaftlichen Potenz her zufallenden, infolge strategischer Handlungsunfähigkeit aber unbesetzt gebliebenen Platz in dieser Weltordnung auch tatsächlich einnehmen. Das wäre ein Mehrwert, der sich für alle EU-Mitgliedstaaten auszahlen würde.

Das wohl größte Problem auf dem Weg zur strategischen Handlungsfähigkeit Europas dürfte die politische Verständigung über den Besitz von Atomwaffen und über das sie betreffende Oberkommando sein. Nach dem Brexit gibt es innerhalb der EU nur noch

eine Atommacht, Frankreich, aber das dürfte eher eine Erleichterung als eine Erschwernis auf dem Weg zur europäischen Atombewaffnung sein.

Klar ist, dass Europa bzw. die EU ohne eigene Atomwaffen und entsprechende Trägersysteme keine strategische Autonomie, geschweige denn Handlungsfähigkeit haben kann, zumal das europäische Territorium schon bald nicht nur von russischen, sondern auch von iranischen Atomwaffen bedroht sein dürfte. Darüber hinaus ist anzunehmen, dass infolge der hegemonialen Konkurrenz im Nahen Osten weitere Atomwaffenmächte hinzukommen werden. Dem steht die wachsende Ungewissheit bezüglich der Verlässlichkeit des US-amerikanischen Atomschields gegenüber:

Je stärker die USA sich auf den pazifischen Raum konzentrieren, desto fraglicher wird sein, ob sie sich auf eine Eskalationsspirale zum Schutz der Europäer einlassen werden. Um nicht erpressbar zu sein, wird Europa um eine glaubhafte nukleare Abschreckung unter europäischem Kommando nicht herumkommen. Auf dem Weg dorthin werden einige europäische Staaten sich freilich von lieb gewordenen Bekenntnissen verabschieden müssen.

AUTOR

Prof. Dr. Herfried Münkler ist ehemaliger Professor für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität in Berlin und Mitglied der Akademie der Wissenschaften des Landes Brandenburg. Die meisten seiner Bücher gelten als Standardwerke, wie "Die neuen Kriege" (2002) oder "Die Deutsche und ihre Mythen" (2009), das mit dem Preis der vielbeachteten Leipziger Buchmesse ausgezeichnet wurde. Prof. Münkler ist regelmäßiger Kommentator globaler Angelegenheiten in den deutschsprachigen Medien und renommierter Experte für Geschichte, politische Ideen, Staatsbildung und Kriegstheorie.